

04.03.2026 | Gesundheit

Christopher Vogt: Wir wollen ein modernes und krisenfestes UKSH

Zum heute vorgestellten und unterzeichneten „Zukunftspakt II“ UKSH erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Unseren Krankenhäusern geht es finanziell schlecht. Und das betrifft mittlerweile fast alle Kliniken, egal wie klein oder groß sie sind. Die Kliniken kämpfen mit veränderten Rahmenbedingungen der Krankenhausversorgung, bei denen die Anforderungen gestiegen sind, aber die Kosten nicht in ausreichendem Maße übernommen werden. Dies alles trifft auch auf das UKSH zu – mit dem Unterschied, dass es Schleswig-Holsteins einziger Maximalversorger ist, der mit seinen beiden Standorten in Kiel und Lübeck auch für die medizinische Forschung und Lehre unverzichtbar ist.“

Es ist schon länger klar, dass das Land stärker dazu beitragen muss, das UKSH wirtschaftlich zu stabilisieren, weil es um eine sehr zentrale Infrastruktur unseres Bundeslandes geht. Trotzdem schließt man eine solche Vereinbarung natürlich nicht leichtfertig. Den Vorschlag, dass die Schulden des UKSH vom Land übernommen werden sollten, hatte die FDP-Fraktion bereits 2014 unterbreitet. Als Gewährträger steht das Land ohnehin für diese Verpflichtungen ein, insofern sollten diese auch transparent im Landeshaushalt ausgewiesen werden. Das sorgt nicht nur für mehr Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, sondern spart unterm Strich auch Zinskosten.

Es wäre keine tragfähige Option gewesen, das UKSH weiter in dieser Schuldenspirale zu belassen. Gerade in diesen geopolitisch herausfordernden Zeiten brauchen wir ein UKSH, das seine medizinische Infrastruktur krisenfest aufstellen kann. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche zentrale Rolle das UKSH für unser Bundesland spielt.

Wer Spitzenmedizin und -forschung in einem modernen Klinikum mit einem breitem Leistungsspektrum haben will, muss dafür auch Geld in die Hand nehmen. Das tut das Land nun mit dem Zukunftspakt II. Gleichzeitig muss das UKSH dafür sorgen, dass die vorhandenen Potenziale zur Reduzierung von Kosten auch zügig genutzt werden. Die Bundesregierung ist in der Verantwortung, die Krankenhausfinanzierung zu verbessern und dabei insbesondere die Maximalversorger als wichtige kritische Infrastruktur zu stärken.“



Christopher Vogt

Vorsitzender

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.

Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de